

Zeitschrift:	Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	59 (1980)
Heft:	12
Artikel:	Wenig klare Aussagen : Kritik am neuen Arbeitsprogramm des SGB
Autor:	Schäppi, Hans
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-347751

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zialdemokraten auch bei uns in der Schweiz und anderswo gelegentlich führen. Die Intellektuellen sind deshalb so unbequem, lästig, störend, weil sie die Etablierten und deren Politik nicht von rechts her oder unter immanent-technokratischen Gesichtspunkten kritisieren, sondern vom sozialistischen «Gesetz» aus, unter dem sie einmal angetreten sind. Die Auseinandersetzung zwischen «Pragmatikern» und «Intellektuellen» ist deshalb sehr oft eine zwischen etablierten Bürokraten und Sozialisten. In Jugoslawien kommt hinzu, dass infolge des Fehlens eines Mehrparteiensystems mit Kontrolle durch eine Opposition «die» Partei als Monopolpartei sich trotz Selbstverwaltung recht selbstherrlich gebärden kann und deshalb Kritik sehr schlecht erträgt – umso schlechter, je berechtigter sie ist. Der Konflikt zwischen Partei und «Praxis» zeigt geradezu exemplarisch die Spannung, ja den Widerspruch auf, die zwischen dem Prinzip

einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung und demjenigen einer Monopolpartei bestehen. Dieser Widerspruch könnte nur aufgehoben werden, wenn die Partei selbst strikt demokratisch strukturiert wäre und die Selbstverwaltung auch in der Partei das bestimmende Prinzip wäre. Aber das ist trotz kollektiver Führung, Ämterrotation und föderalistischer Auflockerung natürlich nicht der Fall.

Das Vorgehen der Partei gegen die «Praxis» ist ein Rückfall in stalinistische Methoden und schadet dem Ansehen Jugoslawiens – ganz besonders bei seinen Freunden und bei all denen, für die das jugoslawische Selbstverwaltungs-Experiment immer eines der positivsten, konstruktivsten politischen Ereignisse im Nachkriegseuropa war. Es ist immer ein Zeichen von Schwäche, Unsicherheit und Unglaubwürdigkeit, wenn Herrschende – gleich welcher Couleur – auf Kritik mit administrativen Massnahmen rea-

gieren. In der Einstellung zum Problem der Dissidenten bestehen zwischen Moskau, Belgrad und Zürich nur graduelle Unterschiede.

Inzwischen ist die «Praxis»-Gruppe nicht untätig geblieben. Die internationale Ausgabe der Zeitschrift «Praxis» soll – in englischer, deutscher und französischer Sprache – demnächst wieder erscheinen, und zwar in England. Chefredakteure werden Mihailo Marković – einer der Belgrader Professoren – und Richard Bernstein (USA) sein. Die Redaktion wird aus etwa 40 Personen bestehen, zu denen fast die ganze «alte Garde» der «Praxis»-Gruppe und zahlreiche bekannte Namen aus aller Welt gehören werden. Ob es einem gelingen wird, dem Geist der alten «Praxis» auch als Exilzeitschrift treu zu bleiben, wird sich zeigen. Als Beweis dafür, dass dieser Geist noch immer lebt, ist diese Wiedergeburt ein erfreuliches Zeichen. Das Prinzip Hoffnung ist bescheinigt worden.

Hans Schäppi

Wenig klare Aussagen

Kritik am neuen Arbeitsprogramm des SGB

Dieses Jahr ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund 100 Jahre alt geworden. Am Jubiläumskongress in Bern ist von den Delegierten das Arbeitsprogramm für die achtziger Jahre verabschiedet worden. Am Kongress ist auch die kapitalistische Wirt-

schaftsordnung in Frage gestellt worden. Über den vorliegenden Text hinaus haben die Delegierten auf Antrag des VPOD das Kapitel zur Wirtschaftsordnung verschärft: «Die Macht des Kapitals muss durch die Macht demokratischer Entscheidungen ersetzt

werden.» Hans Schäppi, Sekretär bei der Basler Sektion der Gewerkschaft Textil Chemie Papier unterzieht das neue Arbeitsprogramm des SGB einer kritischen Würdigung.

Am Jubiläumskongress des SGB ist von den Delegierten das Arbeitsprogramm für die achtziger Jahre verabschiedet worden. Wenn wir die Hintergründe dieser programmatischen Neuorientierung verstehen wollen, so müssen wir uns vergegenwärtigen, dass

sich die wirtschaftliche Situation in der Schweiz innerhalb von wenigen Jahren entscheidend verändert hat. Vielleicht in keinem Land so stark wie in der Schweiz scheidet der Kriseneinbruch von 1974/76 zwei verschiedene Phasen der kapitalistischen Entwicklung.

Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die Krise nicht nur einen konjunkturellen Wirtschaftseinbruch darstellte, sondern der Ausgangspunkt zu Restrukturierungsprozessen war, die bis heute andauern. Zu denken ist hier an die Rationalisierungen im Bereich der Druck- und Metallindustrie und im Bürobereich, an die Umstrukturierung ganzer Branchen (Uhrenindustrie, Textilindustrie) und an die Produktionsauslagerungen (z. B. Firestone).

In der *Phase der Hochkonjunktur*, in den fünfziger und sechziger Jahren mit ihren hohen Wachstumsraten, welche den Verteilungskonflikt verschärften, konnten für die Arbeiterschaft wesentliche Errungenschaften durchgesetzt werden. Erinnert sei hier an den Ausbau des Systems sozialer Sicherung (AHV), an die Lohnentwicklung und an die Verkürzung der Arbeitszeit. Ideologisch fand diese Entwicklung ihren Niederschlag in einer sehr weitgehenden weltanschaulichen Übereinstimmung zwischen den Parteien und den gesellschaftlichen Interessengruppen. Hintergrund dieser weltanschaulichen Übereinstimmung bildete der *Neoliberalismus der Nachkriegszeit*, nach welchem die Klassengesellschaft

als überwunden galt, der Begriff des Kapitalismus aus dem Vokabular gestrichen wurde, nur noch formal zwischen totalitären Systemen und auf der «freien» Marktwirtschaft aufbauenden Demokratien unterschieden wurde, womit man nicht ohne Erfolg zu verdrängen versuchte, dass es der Kapitalismus war, welcher zwei Weltkriege hervorbrachte und in vielen Ländern zum Faschismus führte und heute noch führt. Aufbauend auf diese neoliberalen Ideologie ergänzte wirtschaftspolitisch ein *keynsianisches Konzept* die weltanschauliche Übereinstimmung. Nach diesem sollte es möglich sein, mit Hilfe staatlicher Fiskalpolitik gleichzeitig Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wirtschaftswachstum zu sichern, das heisst eine krisenfreie Entwicklung zu garantieren. Diese keynsianische Wirtschaftspolitik musste sich in der Zeit der Hochkonjunktur freilich nicht als Krisenkonzept bewähren, sondern als Stabilisierungskonzept, mit welchem man (vergeblich) die Inflation in den Griff zu kriegen hoffte. Sie diente damit als «Masshalteideologie» und zur Verbreitung der Illusion, dank staatlicher Wirtschaftspolitik gehörten Krisen der Vergangenheit an.

Politisch fand die sich in der Hochkonjunktur herausbildende Übereinstimmung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum seinen Ausdruck im Abrücken der Gewerkschaften von ihren reformistischen Positionen der Zwischenkriegszeit auf reformkapitalistische Positionen. Im

Rahmen weitgehender weltanschaulicher Übereinstimmung gab es mit dem bürgerlichen Lager keine Auseinandersetzungen mehr über grundlegende Zielvorstellungen, sondern nur noch über die Verteilung der wirtschaftlichen Güter. So hiess es etwa im Arbeitsprogramm des SGB von 1960 zur *Wirtschaftsordnung*:

«Der Gewerkschaftsbund hat seine Aufgaben in der bestehenden Wirtschaftsordnung zu erfüllen, die Interessen in dieser wahrzunehmen und die Volkswirtschaft schlechthin, ohne Rücksicht auf ihre Organisationsform zu fördern.»

Oder als *Aufgabe des SGB* wurde definiert:

«(Der SGB) erblickt seine Aufgabe darin, der menschlichen Arbeit einen möglichst hohen Anteil am Gesamtertrag der Volkswirtschaft zu verschaffen und diesen Anteil gerecht unter alle Schichten der Arbeitenden zu verteilen.»

Von diesen im Jahr 1960 eingenommenen Positionen ist der SGB in seinem neuen Arbeitsprogramm beträchtlich abgerückt.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird wieder stärker in Frage gestellt. Im Gegensatz zu den Feststellungen im Programm von 1960 werden im neuen Arbeitsprogramm im Leitbild, in welchem die Zielvorstellungen umrissen werden, und im Abschnitt über die Wirtschaftsordnung wieder stärkere Fragezeichen zu unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gesetzt. Am Kongresss wurde sodann ein Antrag des VPOD gutheissen, nach welchem das Kapital zur Wirtschaftsordnung jetzt folgendermassen eingeleitet wird:

«Die wirtschaftliche Landschaft der Schweiz ist durch das kapitalistische System geprägt. Die Gewerkschaften setzen sich für eine Wirtschaft ein, in der anstelle des Profitstrebens das Wohlergehen der Menschen und die freie, selbstverantwortliche Entfaltung der Persönlichkeit im Zentrum stehen. Die Macht des Kapitals muss durch die Macht demokratischer Entscheide ersetzt werden.»

Soweit zum allgemeinen Grundton. Aber auch in verschiedenen Problembereichen ist das Arbeitsprogramm gegenüber demjenigen von 1960 erweitert und verändert worden. Stark gewichtet werden im neuen Programm die Fragen der *Energiepolitik*, des *Umweltschutzes* und des *Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz*. Ebenfalls ein Schwergewicht liegt auf dem *Ausbau der Gewerkschaftsrechte am Arbeitsplatz*, Forderungen welchen in Zukunft entscheidende Bedeutung zukommen wird. Auch wird im neuen Arbeitsprogramm klarer als 1960 gegen die *Diskriminierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen* Stellung bezogen. Bedeutend erweitert und präzisiert wurde so dann der Abschnitt über die *Chancengleichheit und die Gleichbehandlung der berufstätigen Frauen*. Es ist dies der Niederschlag der verstärkten Aktivität der Frauen in verschiedenen Gewerkschaftsverbänden.

Hauptkritikpunkt bildet der abstrakte Charakter des Programms

Eine Schwäche des Programms bleibt sein relativ abstrakter und akademischer Charakter, welcher vor allem

von Seiten der Gewerkschaft Bau und Holz und der Gewerkschaft Textil Chemie und Papier kritisiert wurden. Es fehlt dem Programm eine knappe und präzise Analyse der heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation, es fehlt eine Darstellung der Hauptprobleme, vor denen die Gewerkschaften heute stehen. Weil eine solche Analyse fehlt, fehlen auch klare Aussagen zur zukünftigen gewerkschaftlichen Strategie. Die Frage bleibt offen, wie der breite Strauss von Forderungen, welche das Programm enthält, in Wirklichkeit auch durchgesetzt werden können. Zu wenig klar wird auch zur Frage Stellung genommen, wie die Gewerkschaften verändert werden müssen, damit sie ihre zukünftigen Aufgaben lösen können. Diese Fragen werden heute zumindest in einem Teil der Gewerkschaftsverbände, zum Beispiel innerhalb der GTCP intensiv diskutiert, und bestimmen die gewerkschaftlichen Aktivitäten.

Auch lässt das Programm in heute entscheidenden Punkten wichtige Fragen offen. Im Kapitel über *Energiepolitik* wird zum Beispiel zur Frage, welche die Mitglieder in Basel am meisten interessiert, nämlich ob in den nächsten Jahren weitere Atomkraftwerke gebaut werden sollen oder nicht, nicht klare Stellung bezogen. Im Kapitel über *Beschäftigungspolitik*, einem Kernpunkt eines Gewerkschaftsprogramms im heutigen Zeitpunkt, werden keine klaren Leitvorstellungen entwickelt, welche die Mitglieder verstehen und für die in den

Der Sozialismus erscheint jetzt nicht nur als ein Ergebnis theoretischen Denkens. Seine Notwendigkeit geht nun hervor aus der unmittelbar praktische Erleben der Gegenwart

Robert Grimm

Betrieben mobilisiert werden kann. Den schwer zu entschlüsselnden Formulierungen liegt ein Konzept keynsianischer Globalsteuerung zu grunde, mit welchem man wieder Vollbeschäftigung zu garantieren vermag, was immerhin strittig sein mag, für welches man aber bestimmt die Mitglieder in den Betrieben nicht zu mobilisieren vermag. In anderen Punkten hat die faktische Bindung der Gewerkschaften an die Parlaments- und Regierungspolitik der SP die Formulierung klarer Positionen nicht erlaubt. So zum Beispiel im Kapitel über die *Finanzpolitik*. Gerade in dieser wichtigen Frage wäre ein klares Konzept nötig gewesen, welches eine Mobilisierung gegen die bürgerliche Abbaupolitik erlaubt hätte. In all diesen Fragen hilft auch der Zusatz zum Programm über «Mobilisierung» nicht weiter, welcher auf Antrag des VPOD vom Kongress genehmigt wurde. Im Programm selber sollten klarere Positionen formuliert werden auf welchen auch wirklich mobilisiert werden kann. Diese Kritik am Arbeitsprogramm entspringt nicht nur meiner persönlichen Auffassung sondern sie ist das Resultat

einer Diskussion des Arbeitsprogramms in der Mitgliedschaft der GTCP Sektion Basel, welche trotz zu kurzer Vernehmlassungsfrist möglich war.
Abschliessend sei nochmals

festgehalten, dass das Arbeitsprogramm 1980 bei aller Kritik einen wichtigen und bedeutsamen Schritt in der Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung seit den sechziger Jahren darstellt.

Ohne Zweifel liegen diesem Schritt die Erfahrungen zugrunde, welche die Gewerkschaften seit der Krise 1974/75 gemacht haben. Den Worten müssen nun die Taten folgen.

Fritz Grüter

Robert Grimm: Ein strenger politischer Lehrmeister

Zur neu erschienenen politischen Biographie

«Ich freue mich aufrichtig über die bestens gelungene Biographie meines unerbittlichen und gestrengen politischen Lehrmeisters und väterlichen Freundes Robert Grimm», schrieb alt Nationalrat und alt SPS-Präsident Fritz Grüter beim Erscheinen der Biographie von Robert Grimm im Zytglogge-Verlag. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich und kostet 32 Franken.

Robert Grimm

Eine politische Biographie

Der Zürcher Gymnasiallehrer Christian Voigt hat als Thema seiner Doktordissertation den Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier und Staatsmann Robert Grimm gewählt. Er berichtet in einem 300seitigen Buch, das im Zytglogge-Verlag Bern herausgekommen ist, und das graphisch sehr ansprechend gestaltet und

mit einigen Fotografien aus den verschiedenen Lebensstadien bereichert ist, über Jugendzeit in Wald, Lehrzeit und Wanderschaft, über die intensive, hingebungsvolle politische Tätigkeit Robert Grimms. Man folgt Voigts spannender Darstellung über den raschen politischen Aufstieg des in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsenen begabten Arbeiterkindes aus Wald im Zürcher-Oberland mit nicht erlahmendem Interesse. Seine Lehrzeit als Buchdrucker brachte ihn in Kontakt mit sozialreformerischen Schriften. In der Elite der damaligen Arbeiterschaft, den Typographen, fand er Freunde und Förderer, die ihn in Berührung mit sozialistischem Gedankengut brachten. Um sich Geld für den Kauf von Büchern und Broschüren zu beschaffen, die er des Nachts bei kümmerlichem Petrollicht studierte, arbeitete er an Sonntagen als Kellner in einer Gastwirtschaft. Es ist nicht verwunderlich, dass er bei

den damaligen Lehrverhältnissen, Kost und Logis beim Lehrmeister, nach Beendigung der Lehre wegen Unterernährung in eine Zürcher Heilstätte eingeliefert werden musste.

Auf der Walz ging es durch Frankreich, Luxemburg, Süddeutschland, nach Graz in der Steiermark, wo ihn bereits um die Jahrhundertwende eine starke und aktive sozialistische Partei beeinflusste und begeisterte.

Nach Aufgabe seines Berufes als Buchdrucker, wurde er nach Basel als Sekretär des Arbeiterbundes gewählt. Im Basler Grossen Rat hielt er seine erste parlamentarische Rede, die nicht wie üblich höchstens eine Viertelstunde, sondern im jugendlichen Übermut und Tatendrang geschlagene drei Stunden lang gegen das Polizeistrafgesetz dauerte. Als junger Parlamentarier war er gespannt auf die Reaktion in der bürgerlichen Presse. Sie lautet zu seiner damaligen Enttäuschung und

